



Der Friedensplatz wird kein Parkplatz für Besucher der Bundesgartenschau, Besucher in Neuostheim und Neuhermsheim müssen sich im Sommer 2023 auf Einschränkungen einstellen, wenn sie mit dem Auto kommen. (Bild: Martin Tangl)

MITTE/NEUOSTHEIM/NEUHERMSHEIM: Bezirksbeirat diskutiert Anwohnerschutzkonzept zur Bundesgartenschau 2023

Park-Beschränkungen geplant

Im Sommer 2023 mit dem Auto eine befreundete Familie in Neuostheim tagsüber zu besuchen oder auch geschäftliche Termine wahrzunehmen wird kompliziert. Entweder die Gäste parken erst nach 16 Uhr im Wohngebiet oder sie müssen für drei Euro bei der Mannheimer Parkhausgesellschaft (MPB) einen Tagesausweis buchen. Denn wegen der Bundesgartenschau 2023 (Buga) dürfen von 9 bis 16 Uhr nur Anwohner mit Ausweis in Neuostheim und Neuhermsheim parken.

Pläne im Ausschuss

Verkehrsplaner Angelo Canu hat das Anwohnerschutzkonzept am Mittwochabend im Bezirksbeirat Neuostheim/Neuhermsheim vorgestellt – unter Corona-Schutzbedingungen im Ratssaal in N 1. Nach der Sommerpause sollen die Pläne am 12. Oktober im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung (ASO) vorberaten und am 21. Oktober im Ausschuss für Umwelt und Technik (AUT) abgesegnet werden.

Die Buga wirft ihre Schatten voraus: In der Zeit der Blumen- und Gartenausstellung im Luisenpark und auf dem Spinellgelände vom 14. April bis 8. Oktober 2023 will die Stadt verhindern, dass Buga-Besucher die angrenzenden Wohngebiete zuparken. Nach der Oststadt, der Schwetzingenstadt und Feudenheim (wir berichteten), und später auch noch in

Käfertal, erläuterte Canu die „verkehrlichen Herausforderungen“ für Neuostheim und Neuhermsheim.

Besucher aus ganz Deutschland

Immerhin soll die Großveranstaltung Bundesgartenschau Besucher aus ganz Deutschland und der Metropolregion anlocken – und viele davon müssen ja irgendwo parken. Das sollen sie auch, gebührenpflichtig auf den Großparkplätzen am Maimarkt und an der SAP Arena, und dann mit Shuttle-Bussen zur Buga fahren. Wie die Stellplätze am Friedensplatz organisiert werden, wird dabei gesondert betrachtet. „Da werden wahrscheinlich Omnibusse parken können“, so Canu im Gespräch mit dem „Mannheimer Morgen“. Dabei müssten auch die künftige Ersatzspielstätte des Nationaltheaters, das Technoseum sowie die Fußballspiele im Carl-Benz-Stadion berücksichtigt werden. „Der Friedensplatz wird auf alle Fälle kein Buga-Parkplatz“, betonte der städtische Verkehrsplaner.

Damit vermeidliche Schlauberger mit Ortskenntnissen sich nicht einen kostenlosen Parkplatz in den Wohngebieten suchen, soll das Anwohnerschutzkonzept mit den Parkausweisen greifen – und auch kontrolliert werden. Als Parkzonen für kurzfristige Besucher in Neuostheim und Neuhermsheim werden die Dürerstraße, die Hermsheimerstraße und der Dehof-Platz ausgewiesen. „Hier kann man zwei Stunden parken“, informierte Canu den Bezirksbeirat. Genug Zeit für Auswärtige, um beispielsweise zum Friseur zu gehen oder Einkäufe zu tätigen, aber zu kurz für einen Buga-Besuch.

Die für die Buga-Zeit kostenlosen Anwohnerparkausweise können Ende 2022/Anfang 2023 online beantragt werden. „Dazu erfolgt eine intensive Öffentlichkeitsarbeit“, kündigte Canu an. Außerdem werden ausreichend Schilder aufgestellt, die auf die dann geltenden Park-Regelungen hinweisen.

Dauerhafte Zonen?

„Ortsunkundige müssen frühzeitig darauf hingewiesen werden, damit sie gar nicht erst nach Neuostheim reinfahren“, betonte Bezirksbeirätin Birgit Davis (Grüne). Ob die Anwohner-Parkzonen vielleicht nach der Bundesgartenschau auf Dauer bleiben und auch für künftige Fußballspiele im Stadion genutzt werden können? Darauf konnte Canu keine Antwort geben: „Unser Fokus liegt auf der Buga.“ Margot Liebscher (SPD) regte an, das gesamte Buga-Verkehrskonzept in einer der nächsten Sitzungen des Bezirksbeirates vorzustellen.

Stadtrat Holger Schmid (Mannheimer Liste/Freie Wähler) hält der Bewohner der Dürerstraße die auf 20 Personen beschränkte und kostenpflichtigen Tagesparkausweise für nicht akzeptabel. „Nach 16 Uhr können doch so viele Leute kommen, wie bisher auch“, antwortete Angelo Canu. Und die Beschränkung auf 20 Personen stehe so in der städtischen Satzung. „Etwaige Änderungen müssten im Gemeinderat losgetreten werden“, erklärte der Verkehrsplaner.